Menschenrechtler werfen Türkei Islamisierung in Nordsyrien vor

2. Juni 2021



Göttingen (KNA) Menschenrechtler werfen der Türkei eine gezielte Islamisierung der nordsyrischen Region Afrin vor. Die Türkische Religionsbehörde Diyanet lasse vermehrt Moscheen in yezidischen Dörfern errichten, kritisierte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Dienstag in Göttingen. Damit versuche der türkische Staat die Islamisierung der einst multi-religiösen Region voranzutreiben und eine besonders radikale Auslegung des sunnitischen Islam zu verbreiten.

Die Bevölkerung Afrins sei einst zu mindestens 96 Prozent kurdisch gewesen, erläuterte Nahost-Experte Kamal Sido. Sie seien überwiegend moderat-sunnitische Muslime gewesen. Nach der türkischen Besatzung seien die meisten vertrieben und durch radikale Muslime ersetzt worden, so dass der Anteil der kurdischen Bevölkerung auf etwa 25 Prozent gesunken sei. Auch ein Großteil der yesidischen Einwohner sei vertrieben worden. „Somit steht die Türkei kurz davor, eines ihrer wichtigsten Ziele zu erreichen: Afrin kurdenfrei zu machen“, erklärte Sido.

Was in den Moscheen und neuen Koranschulen in Afrin gepredigt werde, bestimme das

türkische Diyanet, so die GfbV. „Oft müssen schon kleine Mädchen ein Kopftuch tragen. Währen des letzten Gaza-Krieges wurde an den Moscheen zudem massiv gegen Israel und Juden gehetzt“, fügte Sido hinzu. „Vor diesem Hintergrund ist es besonders unverständlich, dass diese türkische Behörde nun in Deutschland ganz offiziell Einfluss auf den islamischen Religionsunterricht bekommen soll.“

Der deutsch-türkische Islamverband Ditib sei kein liberaler Verband, sondern propagiere einen radikalen Islam, so die GfbV. Während des Angriffs auf Afrin sei in fast allen Ditib-Moschen in Deutschland für den Sieg der Besatzungsarmee gebetet worden.

© KNA

Beitragsbild: Michael Gaida via Pixabay

Stand: 13. November 2026